

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,

Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Reichsbezirken und Ausgabestellen 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mark, bei Beibehaltung der Posten 2,50 Mark. Einjahrespreis 24,- Mark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.



Wagnispreis: Die 5 gepostete Nummer 20 Goldmark, die 2 gepostete Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark, die 3 gepostete Nummer 20 Goldmark, die 2 gepostete Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 74 - 83. Jahrgang.

Tel.-Nr.: „Sachse Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postcheck: Dresden 2610

Donnerstag 27. März 1924

Militärkontrolle - Vertragsbruch

Auf die letzte Note der Botschafterkonferenz an Deutschland über die interalliierte Militärkontrolle soll, nach verschiedenen Meldungen, noch vor dem 4. Mai eine Antwort der Reichsregierung erfolgen. Wie man dazu in Paris wissen will, soll diese Antwort zwar höflich in der Form, aber natürlich nur dazu bestimmt sein, Zeit zu gewinnen. Was man eigentlich in Frankreich unter dieser „Militärkontrolle“ sich vorstellt, verdient eine nähere Betrachtung. Nicht so sehr die Reparations- als die „Sicherungsfrage“ ist jetzt von Frankreich in den Vordergrund geschoben worden, da man in Paris spürt, daß hier eine Einigung mit London sehr viel leichter ist, vor allem, weil die Arbeit der Sachverständigen nicht hemmend im Wege steht. Wie weit eine solche Einigung möglich ist, bewies auch schon die neulich an Deutschland übersandte Militärkontrollnote; denn diese Aufrechterhaltung der Militärkontrolle in Deutschland ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der französischen „Sicherungs“politik.

Ein kürzlich erschienener Artikel im „Temps“ legt mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit dar, wie Frankreich sich diese Kontrolle denkt. Zunächst müsse, der „englischen“ Note entsprechend, eine Bestandaufnahme der gesamten militärischen Macht in Deutschland erfolgen, und zwar sowohl hinsichtlich des Personal- wie des Materialbestandes. Denn, wir wissen nicht, was Deutschland 1923 alles darin gemacht hat. „Genaue Erkundigungen“, so behauptet der „Temps“, lassen die Gewissheit zu, daß der deutsche Generalstab während dieses Jahres „in großem Maßstab“ die Rekrutenausbildung organisiert, ferner die Ausbildung der Reservisten und der Reserveoffiziere, und daß die Herstellung von Kriegsmaterial in gewissen Fabriken wieder aufgenommen worden ist. Weiter verläßt das in guten Beziehungen zur französischen Regierung stehende Blatt, daß wir schon 1921 und 1922 den Großen Generalstab wieder errichtet hätten, außerdem auch die Kriegsalademie und andere militärische Schulen, sowie ein vollständiger Mobilmachungssplan ausgearbeitet worden wäre. Dann stellt der „Temps“ die entscheidende Frage: „Wie wird es 1924 werden?“

Zunächst soll also die Kontrollkommission auf die Ausführung der Andeutung in ihrer Note bestehen, daß alles durch den Versailler Frieden nicht gestattete Kriegsgerät sofort unter ihrer Kontrolle zerstückt wird. Erst dann, wenn dies vollständig ausgeführt sei, könne man an eine Erleichterung der finanziellen Kontrollen denken. Die weitere Überwachung müsse nun aber von der deutschen Regierung erleichtert werden durch die Abermittlung aller Nachrichten und Dokumente an die Kommissionen, die diese für notwendig halten, um sich von der vollständigen Durchführung jener militärischen Bestimmungen zu überzeugen. Ferner müssen die Kommissionen das Recht haben, nicht vorher angemeldeten Kontrollen haben; wie diese jetzt gehandhabt werden, haben sie gar keinen Zweck, weil die Deutschen bei einer bevorstehenden, angelegentlichsten Kontrolle sofort alles Verdächtige beseitigen oder gefälschten Akten unterwerfen. Das habe sich auch bei einer überraschenden Kontrolle in Spandau gezeigt, wo riesiges Material über deutsche Rüstungen durch eine Kommission entdeckt, es aber in der darauf folgenden Nacht spurlos verschwunden sei, weil es durch die Kommission nicht rasch genug abtransportiert werden konnte. Also nur überraschende Untersuchungen können in Frage kommen.

Die Kommissionen oder der neue, sie ersetzende Ausschuss solle ferner gar nicht mit der deutschen Regierung verhandeln, sondern nach Feststellung der Übertretungen oder Unterschlagungen direkt der Botschafterkonferenz davon Mitteilung machen. Und die Konferenz habe dann zu entscheiden, welche Forderungen an Deutschland alsdann zu richten sind. Vor allem müsse, nicht wie die englische Note wolle, die schwere Artillerie, sondern die chemische Industrie kontrolliert werden, denn Deutschland sei jetzt im Besitz eines außerordentlich gefährlichen Kampfgases, das farblos, geruch- und geschmacklos sei. Außerdem arbeite eine Anzahl von Laboratorien an der Herstellung ansteckender Bazillen, um schnell und sicher nicht nur die Armeen, sondern auch die Zivilbevölkerung zu vernichten. Die Kontrollkommission müsse also nicht so sehr zahlreich sein, als vor allem gebildetes Personal aufweisen, das besonders darauf zu achten habe, daß die große Organisation der deutschen Militärmacht zerbrochen bleibe, also vor allem der Große Generalstab und die unerlaubten Militärschulen, damit eine Ausbildung von Spezialisten für diese Kriegswaffen unmöglich sei. Die Hauptsache aber bleibe, daß die Kontrolle, solle sie zu einem wirklichen Resultat führen, Offiziere in Anspruch nehmen werde, die von der Wichtigkeit ihrer Aufgabe, nämlich - für Generationen den Frieden zu bringen, durchdrungen sind und sie gegen alle deutschen Widerstände durchführen. Deutschland hat demgegenüber bei seinen Entgegnungen auf die Kontrollnote eigentlich nur eine Aufgabe: die Verweisung auf den Versailler Vertrag. Denn aus ihm geht mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß die von Frankreich gewünschte Beweismittel der Militärkontrolle ein großer Vertragsbruch ist.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien. Deutschnationale, völkische und demokratische Kandidaten in Pommern. An die Spitze stellen die Deutschnationalen: Rittermeister C. Glöckner.

Für Zeigner und Möbius Zuchthaus beantragt.

Zeigner 3, Möbius 4 Jahre Zuchthaus und jeder 5 Jahre Ehrverlust.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Leipzig, 26. März. Im Zeignerprozess beantragte Oberstaatsanwalt Köbel gegen Zeigner eine Gesamtstrafe von 3 Jahren und gegen Möbius eine solche von 4 Jahren Zuchthaus. Beiden Angeklagten wird die Untersuchungshaft angerechnet. Außerdem beantragte der Staatsanwalt 5 Jahre Ehrverlust für beide.

Verhafteter Bankdefraudant.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Leipzig, 26. März. Wie die Sächsische Staatsbank mitteilt, ist der Kassenbeamte, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen nach Unterschlagung von 30 000 Goldmark in der Leipziger Filiale des Instituts flüchtig geworden war, an der böhmischen Grenze verhaftet worden.

Der bayrische Landtagspräsident Königsbauer verunglückt.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) München, 26. März. Der bayrische Landtagspräsident Königsbauer ist auf einer Inspektionsreise in seinem Wahlbezirk im bayerischen Wald mit seinem Fuhrwerk verunglückt und nicht unerheblich verletzt.

Dr. Schachts Londoner Besprechungen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 26. März. Nach dem Londoner Korrespondent des Petit Journal hat der Reichspräsident Dr. Schacht gestern in London gewirkt. Er hat mit verschiedenen Persönlichkeiten der britischen Finanzen Unterredungen über die geplante Goldnotenbank gehabt. Das Kapital dieser Bank, das auf 500 Millionen Goldmark festgesetzt ist, wird zum größten Teil von den britischen Banken zur Verfügung gestellt werden. Die Transaktionen der Bank werden ausschließlich in Pfund Sterling erfolgen. Man vernimmt, daß Dr. Schacht spätestens Freitagabend die Rückreise nach Berlin antritt.

Eine halbamtliche Darstellung.

Paris, 26. März. Zu der Frage, wann der Bericht der Sachverständigen endgültig der Reparationskommission über-

reicht wird, berichtet die Agence Havas: Aus einer in den autoritativen Kreisen vorgenommenen Untersuchung ergab sich, daß die Sachverständigen sehr wahrscheinlich ihre Arbeiten am Sonntagabend, den 29. März, beenden werden. Sie dürfen jedoch zu einer letzten Überarbeitung des Textes schreiten. Unter diesen Umständen wird die Reparationskommission nicht vor Dienstag, den 1. April, offiziell mit dem Dokument befaßt werden können. Dieses wird ohne Zweifel schon am Tage nach der Ueberreichung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Interpellation Daudet von der Kammer abgelehnt. - Debatte über das Pensionsgesetz.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 26. März. Der Abgeordnete Daudet brachte in der gestrigen Kammer Sitzung eine Interpellation ein über gewisse Pensionsverhältnisse, die sich höhere Beamte der Pariser Polizei zuschreiben lassen. Der Minister des Innern Rouaneau gab eine längere Erklärung ab, in der er sagte, er stände über den Verdächtigungen des Interpellanten. Der Minister beantragte Vertagung der Interpellation und stellte die Vertrauensfrage. Mit 421 gegen 51 Stimmen wurde die Interpellation vertagt. Am Nachmittag hat sich die Kammer mit dem Entwurf zum Pensionsgesetz beschäftigt. Der Finanzminister äußerte sich dabei über den vom Senat vorgeschlagenen Text, der eine Ausgabe von 300 Millionen Franken vorsieht. Der von der Kammer ausgearbeitete, den die Regierung unterschreibt, weist dagegen nur einen Betrag von 252 Millionen Franken auf. An Pensionen werden gegenwärtig 956 Millionen Franken gezahlt. Falls die 252 Millionen Franken hinzukommen, würden auf Grund des Pensionsgesetzes jährlich 1 208 Millionen zur Auszahlung kommen. Die Debatte wurde darauf auf heute vertagt.

Englischer Druck auf Macdonald gegen Frankreich entschiedener aufzutreten.

Paris, 26. März. „Chicago Tribune“ berichtet, daß im Lager der englischen Arbeiterpartei die Opposition gegen Macdonald wegen seiner ungeschicklichen Haltung gegenüber Frankreich zusehends im Wachsen begriffen sei. Der Wortführer dieser Oppositionsgruppe sei der Schatzkanzler Snowden. Diese Gruppe wünsche, daß Macdonald Frankreich klarer sein darüber einsehe, daß, wenn Frankreich Deutschland gegenüber nicht eine andere Politik einschlägt, Großbritannien sich von Frankreich trennen müsse.

Politische Rundschau

Unsere Reparationsleistungen.

55,9 statt 8,4 Milliarden Goldmark. Die Reparationskommission in Paris hat eine Statistik über die Leistungen Deutschlands vom Waffenstillstand bis zum 31. Dezember 1923 und die Verteilung unter die verschiedenen alliierten Länder veröffentlicht. Nach dieser Statistik hat Deutschland Leistungen im Betrage von 8 411 339 000 Goldmark ausgeführt. Hierzu kamen Leistungen, deren Abschätzung noch in der Schwebung ist oder die noch nicht verteilt wurden, im Gesamtbetrage von 2 719 093 000 Goldmark. Demgegenüber wird von deutscher Seite amtlich festgestellt: Gegenüber der letzten bis zum Juli 1923 reichenden Abrechnung der Reparationskommission, die eine Gesamtsumme der deutschen Leistungen in Höhe von 8,2 Milliarden Goldmark aufwies, ist in der jetzt veröffentlichten Abrechnung keine wesentliche Änderung in der Bewertung der Reparationsleistungen eingetreten. Noch immer sind große Posten nicht abgeschätzt, andere wie z. B. die Handelsflotte, Saargruben usw. sind mit den bekannten, namentlich viel zu niedrig veranschlagten Werten eingeschätzt. Nach sorgfältiger deutscher Berechnung haben die geschätzten Reparationsleistungen bereits bis zum 31. Dezember 1923 die ungeheure Summe von 41,6 Milliarden Goldmark erreicht; hinzuzurechnen sind noch die 14,3 Milliarden Goldmark betragenden, nicht auf Reparationskonto anrechnungsfähigen deutschen Leistungen, so daß Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages bis zum Anfang des Jahres 1923 Leistungen im Werte von 55,9 Milliarden Goldmark bewerkstelligt hat, also das 6½fache der von der Reparationskommission bis Ende 1923 geschätzten Leistungen.

Denn sich Frankreich im übrigen unangeschickt darüber beklagt, daß es so wenig von Deutschland erhalte, so sollte es sich daran erinnern, daß bis Ende 1923 die Besatzungstruppen am Rhein allein über 5 Milliarden Goldmark von den deutschen Reparationsleistungen verschlungen haben.

Die Nationalliberalen gegen Stresemann.

München, 26. März. Die nationalliberale Landespartei Bayern richtete an den bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm: Ministerpräsident Dr. von Kulling, München! Die nationalliberale Landespartei Bayern brüdt ihre